

Übersetzung aus dem Russischen

Rede des Generalsekretärs des ZK der Kommunistischen Partei
der Tschechoslowakei, Genossen Miloš Jakeš, auf der Tagung
des PBA der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages
Bukarest, 7. - 8. Jauili 1989

Verehrte Genossen!

Unsere Tagung findet in einer außerordentlich bedeutungsvollen
Zeit statt, die in bezug auf die weitere Entwicklung des
Sozialismus und die Prozesse in Europa und in der ganzen Welt
wichtig ist. Auch wir in der Tschechoslowakei analysieren diese
Vorgänge und suchen nach einer Antwort auf sie.

Der Umbruchcharakter der gegenwärtigen Epoche erhöht die Verant-
wortung, die unsere kommunistischen Bruderparteien und die
Arbeiterparteien gegenüber den Völkern unserer Länder und der
revolutionären Weltbewegung tragen, erheblich. Auch unser Land
hat mit einer komplexen Umgestaltung der Volkswirtschaft und
der Gesellschaft begonnen; sie ist mit einer weitgehenden
Demokratisierung verbunden, was dem Ziel dient, den Sozialismus
auf eine qualitativ neue Stufe zu heben, seine Vorzüge mit den
Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution
zu verbinden und unseren Beitrag zur Stärkung des Ansehens des
Sozialismus national und international zu erhöhen. Wir ver-
stehen die Umgestaltung als Wiederbelebung der Leninschen Auf-
fassung vom Sozialismus und als notwendige Reaktion auf die
Forderungen, die seine neue Entwicklungsstufe stellt, als ent-
schlossene Überwindung all dessen, was den Wertvorstellungen
des Sozialismus fremd ist und unsere Gesellschaft daran hindert,
in allen ihren Entwicklungsrichtungen die erforderliche Dynamik
zu entfalten. Wir gehen von unseren eigenen Bedingungen aus und
ziehen die Erfahrungen der anderen sozialistischen Länder in
Betracht. Die kritische Betrachtung der Vergangenheit setzen
wir nicht mit einer negativen Haltung, mit Leugnung der vom
Sozialismus erzielten Ergebnisse gleich. Das widerspräche der
Wahrheit und könne die sozialistische Gesellschaftsordnung ihre
Legitimität und Perspektive kosten.

Die überwiegende Mehrheit der Bürger unseres Landes ist für den Sozialismus und unterstützt sowohl die Innen- als auch die Außenpolitik des Staates. Mit dem Sozialismus verbinden die Menschen nicht nur ihre Sicherheit und soziale Geborgenheit sowie ihren ziemlich hohen Lebensstandard, sondern auch die allgemeine Ordnung und Stabilität in der Gesellschaft als notwendige Voraussetzung für gewissenhaftes und aktives Arbeiten, für ein in materieller und geistiger Hinsicht reiches und allseitig entwickeltes Leben.

Auch unsere Erfahrungen belegen, daß die Umgestaltung durchaus kein einfacher und geradlinig verlaufender Vorgang ist. Sie erfordert einschneidende Veränderungen im Denken und Handeln, die Überwindung von Klischees, von administrativen und Kommandomethoden in der Leitungstätigkeit sowie die Erschließung neuer Möglichkeiten für die Entfaltung der schöpferischen Kräfte und Fähigkeiten der Menschen. Dadurch werden die Bürger in zunehmendem Maße in die Durchsetzung von Veränderungen in Politik und Volkswirtschaft, im Leben der Gesellschaft eingebunden, und es bildet sich eine weitgefächerte Skala von Ansichten, Ansprüchen und Vorstellungen hinsichtlich der Umgestaltung und Demokratisierung sowie der davon erwarteten Ergebnisse heraus. Wir gehen so vor, daß das Entwicklungstempo unseren Möglichkeiten entspricht und die Menschen für die zu treffenden Maßnahmen Verständnis aufbringen. Weitgehend wenden wir in der Politik die Prinzipien der Transparenz und Offenheit an.

Wir sind uns der wichtigsten Lehre, die man aus dem bisherigen Weg des sozialistischen Aufbaus ziehen kann, bewußt geworden. Sie läßt sich folgendermaßen ausdrücken: Wenn die Partei neue Formen des Lebens der Gesellschaft gestaltet, muß sie Initiative entfalten, darf keinen Augenblick die Kontrolle über die Entwicklung der Situation verlieren, muß an der Spitze der Werk-tätigen stehen und die herangereiften Veränderungen in der Gesellschaft ohne Abstriche und entschlossen verwirklichen. Außerdem erkennen wir, daß die Partei die politische Führung nur dann festigen kann, wenn sie Konkretes vollbringt und

sich täglich Vertrauen erwirbt. Die Hauptvoraussetzung für den Erfolg der Umgestaltung ist die Aktivierung des Faktors Mensch auf der Grundlage sowohl der materiellen Interessiertheit an den Ergebnissen der Arbeit als auch auf der Grundlage des Bewußtseins.

Wir haben damit begonnen, eine politische Reform durchzuführen, und aktivieren das gesamte System der Nationalen Front als der Basis des sozialistischen Meinungs- und Interessenpluralismus. In diesem Zusammenhang wachsen die Initiative und die Rolle der politischen Parteien, der Massenorganisationen und der in der Nationalen Front vereinigten Interessenorganisationen der Bürger bei der Erarbeitung, Durchsetzung und Kontrolle der Politik. Gesetze sind erlassen worden, die die Befugnisse, Verantwortung und wirtschaftliche Selbständigkeit der Nationalausschüsse als Organ der Staatsmacht und der Selbstverwaltung des Volkes erweitern. Wir schaffen die Voraussetzungen für die vollständige Ausschöpfung aller Funktionen unseres Parlamentarismus, vor allem der Föderativen Versammlung der CSSR und des Tschechischen und des Slowakischen Nationalrates als der höchsten gesetzgebenden und Vertretungskörperschaften. In Ausarbeitung befindet sich der Entwurf einer neuen Verfassung der CSSR, über den dann eine Volksaussprache geführt werden wird.

Wir vervollkommen aber nicht nur das politische System, sondern führen auch eine Wirtschaftsreform durch. Die organisatorische Umgestaltung der produktionstechnischen Basis, der Zirkulationsphäre und der zentralen Organe ist abgeschlossen. Die Gesetze über den staatlichen Betrieb und über die Genossenschaft sind in Kraft und sollen vor allem die Selbständigkeit und Verantwortung der Betriebe auf der Grundlage der wirtschaftlichen Rechnungsführung, Eigenfinanzierung und Selbstverwaltung erweitern. In den staatlichen Betrieben werden die Direktoren und die Selbstverwaltungsorgane gewählt. Das ist ein Weg, um die positive Einstellung der Werktätigen zum sozialistischen Eigentum und ihre Stellung als Eigentümer der Fabriken und Werke zu festigen. Wir haben eine Veränderung der Industrie- und Aufkaufpreise in Angriff

144
genommen, als nächste Etappe soll sich deren ständige Aktualisierung anschließen. An der Ausprägung der ökonomischen Hebel wird weitergearbeitet, die Ausarbeitung der notwendigen Gesetzesvorschriften, die die Umgestaltung des Wirtschaftsmechanismus abzusichern haben, steht vor dem Abschluß. Ein neues Gesetz über die Volkswirtschaftsplanung ist verabschiedet worden. Das alles wird gewährleisten, daß die gesamte Volkswirtschaft ab 1. Januar 1990, also ein Jahr früher als ursprünglich vorgesehen, nach den neuen ökonomischen Prinzipien arbeiten kann, die im Agrar-Industrie-Komplex und in der Gemeinschaftsverpflegung bereits seit Beginn dieses Jahres gelten.

Große Beachtung schenken wir der Erfüllung der Aufgaben zur Entwicklung der Volkswirtschaft und zur sozialistischen Orientierung der Wirtschaft. Obwohl sich in der Entwicklung der Volkswirtschaft bestimmte positive Tendenzen abzeichnen, die auch ein rascheres Wachstum des Nationaleinkommens einschließen, gelingt es uns dennoch nicht in vollem Umfang, die Aufgaben des neunten Fünfjahrplanes zu erfüllen; das gilt besonders für dessen qualitative Kennziffern, die Kostensenkung, die Qualitätsverbesserung und die Hebung des technischen Niveaus der Produktion, die Effektivität des Investbaus und des Exports. Mit den Umstrukturierungen geht es schleppend voran. Unsere Bemühungen sind darauf gerichtet, ein inneres und äußeres Gleichgewicht und Stabilität in der Wirtschaft zu erreichen, den Inlandsmarkt stockungsfrei zu versorgen und die weitere sozialökonomische Entwicklung abzusichern, ohne mehr Schulden in frei konvertierbarer Währung zu machen. Die Durchsetzung der Umgestaltung von Volkswirtschaft und Gesellschaft verbinden wir mit der Qualifizierung und Hebung des Bildungs- und allgemeinen kulturellen Niveaus der Bürger, mit einer guten Ausbildung der heranwachsenden Generation. Diese Fragen wurden unlängst auf einem Plenum des ZK der KPdSU behandelt, das sich ausschließlich damit befaßte.

Im Zuge der Durchsetzung der Umgestaltungspolitik werden auch die verschiedenen oppositionellen Kräfte aktiver und versuchen, die Reformen zur Erweiterung ihres Einflußbereichs und zur Destabilisierung der Gesellschaft zu mißbrauchen. Das gilt auch für einige ehemalige führende Funktionäre der Partei, die diese wegen ihrer parteifeindlichen Tätigkeit während der krisenhaften Entwicklung Ende der sechziger Jahre verlassen mußten. Die oppositionellen Gruppierungen schlachten die Schwierigkeiten, die mit der Lösung der bestehenden Probleme und der neuen Aufgaben zusammenhängen, und die kritische Betrachtung der Vergangenheit aus, um die sozialistische Gesellschaftsordnung und ihre ideologischen Grundlagen in Verruf zu bringen. Dafür bedienen sie sich ihrer eigenen Interpretation des Abschließenden Dokuments des Wiener Folgetreffens. All das geschieht mit reger und koordinierter Unterstützung aus dem Ausland.

Wir sind bemüht, diesem Druck dadurch standzuhalten, daß wir die ideologische Arbeit unter den Massen weiterentwickeln, die Aktivität der Partei erhöhen, eine offensive Politik der aktiven Fragestellung und der Suche nach richtigen Lösungen, die im Interesse der Bürger liegen, betreiben. Als unsere politische Hauptaufgabe betrachten wir die Gewinnung aller ehrlichen Menschen, aller Patrioten der Tschechoslowakei, die Einbindung ihrer Bemühungen in den Kampf um die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, für die Sicherung des Lebensstandards, für die vollständige Verwirklichung der Rechte und Pflichten der Bürger, für den gesellschaftlichen Fortschritt in unserem Land.

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung des XVIII. Parteitages der KPTsch, der im Mai kommenden Jahres stattfinden wird, erarbeiten wir die Prinzipien für ein Programm der Partei und für ein neues Statut sowie eine Konzeption für die sozialökonomische Entwicklung der Gesellschaft im kommenden Planjahr fünf und bis zum Jahr 2005. Über diese grundlegenden Dokumente soll eine Volksgespräche geführt werden.

146

Wir betrachten die Verwirklichung von wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen sowie die Beschleunigung der sozial-ökonomischen Entwicklung unseres Landes als Bestandteil der Erfordernisse und Interessen der gesamten sozialistischen Gemeinschaft. Unsere Auffassung ist es, daß unsere Zeit die systematische, gemeinsame Erörterung der Erscheinungen und Prozesse, den unentwegten Meinungsaustausch und die Erhöhung der Verantwortung für die Erfüllung übernommener Verpflichtungen voraussetzt.

Unsere Delegation bekundet ihr Einverständnis mit der Analyse der Grundtendenzen der internationalen Entwicklung, mit den Vorschlägen und Empfehlungen, die Michail Gorbatschow und andere Genossen auf unserer Tagung unterbreitet haben. Wenn wir die gegenwärtige internationale Lage einschätzen, erkennen wir auch eine anhaltend positive Entwicklung, die auf die Herbeiführung einer neuen Qualität der internationalen Beziehungen auf der Grundlage des neuen politischen Denkens gerichtet ist. Ein Beweis dafür sind die Verbesserung der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA und die Ergebnisse der Verhandlungen des Genossen Gorbatschow mit führenden Repräsentanten der BRD und Frankreichs, die in den angenommenen Dokumenten ihren Niederschlag gefunden haben. Ein realer Abrüstungsprozeß hat begonnen, wesentliche Veränderungen in den Ansätzen zur Lösung regionaler Probleme sind im Gange, die Organisation der Vereinten Nationen gewinnt an Bedeutung. Ein wichtiger Beitrag zum Frieden ist die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China sowie zwischen den kommunistischen Parteien dieser Ländern.

Ogleich diese positive Entwicklung der Aktivität vieler Länder und gesellschaftlicher Kräfte in der Welt zu verdanken ist, kann doch jeder unvoreingenommene Beobachter, der die Erscheinungen an Hand von Tatsachen einschätzt, erkennen, daß die entscheidenden Impulse für diese Entwicklung von den Initiativen der Sowjetion und der anderen sozialistischen Länder ausging.

Was die positiven Entwicklungstendenzen der internationalen Lage betrifft, so sind wir uns außerdem darüber im klaren, daß viele Gefahren, die die menschliche Zivilisation bedrohen, trotzdem weiterhin bestehen. Einige Probleme spitzen sich sogar zu. Nicht alle Kräfte im Westen reagieren auf die Friedensinitiativen und Vorschläge, auf die Besserung in den internationalen Beziehungen positiv. Deshalb werden wir unsererseits zusammen mit den anderen sozialistischen Staaten und weiteren konstruktiven Kräften der internationalen Gemeinschaft unsere Bemühungen verstärken, damit in den internationalen Beziehungen zügig von der Konfrontation zur Zusammenarbeit, zur Verständigung und sachlichen Lösung internationaler Probleme übergegangen werden kann.

Die Fragen der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit nehmen einen herausragenden Platz in unserer außenpolitischen Tätigkeit ein. Deshalb brachten wir unsere uneingeschränkte Bereitschaft zum Ausdruck, uns auch weiterhin rege an der Entwicklung des KSZE-Prozesses in Europa auf allen Gebieten im Geiste der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und des Abschließenden Dokuments des Wiener Folgetreffens zu beteiligen. In unserem Land hat Ende vergangenen Jahres ein Komitee für Menschenrechte und humanitäre Zusammenarbeit seine Arbeit aufgenommen, das auf einem breiten gesellschaftlichen Forum unserer Bevölkerung gebildet worden ist. Die bisherigen Erfahrungen des Komitees zeigen, daß es schrittweise die Lösung humanitärer Probleme sowohl in unserem Land als auch im Ausland in Angriff nimmt. Wir begrüßen die Haltung jener westlichen Regierungen, politischen Parteien und gesellschaftlichen Kräfte, die dem KSZE-Prozeß in Europa konstruktiv und unvoreingenommen gegenüberstehen. Wir haben jedoch nicht die Absicht, vor Kräften zu kapitulieren, die oft ganz unverblümt versuchen, das Wiener Dokument zur Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten, zur Unterwanderung der sozialistischen Gesellschaftsordnung bei uns und in anderen Ländern zu mißbrauchen.

148

Ich möchte die Meinung äußern, daß die Erhöhung der Effektivität unserer Mitwirkung an der weiteren Entwicklung des KSZE-Prozesses in Europa als des Fundaments für die Errichtung des gemeinsamen europäischen Hauses die Erarbeitung einer langfristigen Konzeption für gemeinsames Handeln auf diesem Gebiet fördern würde, und zwar nicht nur im militärischen und humanitären Bereich, sondern auch in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die außerordentlich wertvollen und konstruktiven Vorschläge, die Genosse Gorbatschow in Strasbourg unterbreitet hat.

Unser Vorschlag, in Europa eine Zone des Vertrauens, der Zusammenarbeit und guten Nachbarschaft an der Trennlinie zwischen den Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages und des Nordatlantikpaktes zu schaffen, geht von dem Bestreben aus, die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zu festigen. Wir bemühen uns um die Entwicklung von Beziehungen, die frei von den üblichen Vorurteilen und von Mißtrauen sind, also um Beziehungen, die auf den gemeinsamen oder einander ähnelnden Interessen fußen. In den Vordergrund stellen wir den regelmäßigen und allseitigen Dialog zu Fragen von gegenseitigem Interesse in allen Bereichen des KSZE-Prozesses.

Wir können mit Fug und Recht behaupten, daß eine ganze Reihe von Vorschlägen, die wir unseren Partnern unterbreitet haben, bereits umgesetzt wird; das gilt besonders für unsere Beziehungen zur BRD sowie zum neutralen Österreich, das sein Interesse bekundet hat, einen Beitrag zur Schaffung einer Zone des Vertrauens zu leisten. Im Zuge der bisherigen Konsultationen mit den interessierten Staaten ist eine bestimmte inhaltliche Erweiterung der Initiative vorgenommen worden. Dabei haben wir auch das Abschließende Dokument des Wiener Folgetreffens in Betracht gezogen. Nunmehr gehen wir in die zweite Runde der bilateralen Expertenberatungen mit dem Ziel, die Maßnahmen zur Vertrauensbildung und Zusammenarbeit, zur Schaffung von Voraussetzungen für ihre multilaterale Ausdehnung weiter zu konkretisieren.

Im Rahmen unserer Initiative widmen wir der ökologischen Situation in Mitteleuropa besondere Aufmerksamkeit und streben den Ausbau der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern bei der Gestaltung und beim Schutz der Umwelt an. Diesen Zielen gelten auch die Bemühungen der Regierung der CSSR, was ein positives Echo auslöste. In Prag fand Ende Mai dieses Jahres eine Konferenz von Regierungsvertretern benachbarter Länder statt, an der auch der Kommissar der Europäischen Gemeinschaften, der Exekutivsekretär der UNO-Wirtschaftskommission für Europa und ein RGW-Vertreter teilnahmen. Die Konferenz bestätigte bekanntlich ein Memorandum über die Prinzipien der weiteren zwei- und mehrseitigen Zusammenarbeit. Wir meinen, daß in diesem Zusammenhang auch das vergangene Woche in Wroclaw unterzeichnete dreiseitige Abkommen zwischen der CSSR, der VRP und der DDR von großer Bedeutung ist.

Unser Augenmerk gilt in besonderem Maße den militärisch-politischen Aspekten der europäischen Sicherheit. Das ergibt sich aus unseren eigenen historischen Erfahrungen, aus der geographischen Lage der CSSR und aus der Überzeugung, daß sich der Frieden nur durch politische und militärische Entspannung, durch die Entwicklung einer gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit und die Lösung der globalen Probleme festigen läßt. Die Schlüsselrolle spielt dabei der Abrüstungsprozeß.

Mit Befriedigung erfüllt uns die Tatsache, daß die in diesem Jahr in Wien aufgenommenen Verhandlungen der 23 Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO bislang dynamisch und sachbezogen verlaufen. Innerhalb kurzer Zeit ist es gelungen, die grundlegenden Verfahrensweisen zu konkretisieren und damit günstige Voraussetzungen für ein konstruktives Vorankommen zu schaffen.

Positiv wirkten sich auf die Ausgangssituation zu Verhandlungsbeginn die einseitigen Maßnahmen der Bruderländer aus. Was die Tschechoslowakei betrifft, so reduzieren wir unsere Streitkräfte um 12 000 Soldaten, stellen 850 Panzer, 165 Schützenpanzerwagen und 51 Flugzeuge außer Dienst und vernichten sie schrittweise, begrenzen die Zahl unserer militärischen Übungen und das Gefechtsschießen und senken unsere Verteidigungsausgaben 1989/90 um 15 Prozent. Ich meine, daß all das ein wirklich substantieller Beitrag zur Gesundung der Atmosphäre auf unserem Kontinent ist. Für den weiteren erfolgreichen Verlauf der Verhandlungen sind die Vorschläge des Warschauer Vertrages vom Mai und von Ende Juni vergangenen Jahres von großer Bedeutung.

Auch auf der kürzlichen NATO-Ratstagung in Brüssel zeigten sich der positive Einfluß der Initiative und Aktivität der Staaten des Warschauer Vertrages sowie größerer Realismus in der Position einiger westlicher Staaten, ungeachtet der Tatsache, daß die Ergebnisse der Beratung dennoch auch von konfrontativem Herangehen geprägt sind. Trotzdem konnten wir insbesondere in der Abrüstungsproblematik mit Befriedigung feststellen, daß die Mitgliedsstaaten des Nordatlantikpaktes ihrem Wunsch Ausdruck gegeben haben, die Rüstungsreduzierung auch auf ihre eigenen Angriffsmittel auszudehnen und einen Teil unseres Vorschlages zu den Verhandlungen über taktische Kernwaffen akzeptierten, auch wenn die von ihnen gestellten Bedingungen die Bedeutsamkeit dieses Vorschlages schmälern.

Wenn wir von positiven Veränderungen in den Standpunkten der NATO sprechen, übersehen wir dabei nicht die nach wie vor ungelösten schwerwiegenden Probleme. Unmittelbar berührt werden die Interessen der Tschechoslowakei vom Bestreben der NATO, eine solche Einteilung der Zonen und Subregionen vorzunehmen, daß ihre Rüstungskonzentration, die amerikanischen Streitkräfte eingeschlossen, nach wie vor in Mitteleuropa am höchsten ist. Wir müssen unseren Verhandlungspartnern in Wien immer wieder auseinandersetzen, daß sie ungeachtet unseres Interesses an der konventionellen Abrüstung nicht damit rechnen können, daß ein Abkommen unterzeichnet wird, das dem Prinzip der gleichen Sicherheit widerspricht.

Die Diskussionen innerhalb der NATO über die taktischen Kernwaffen haben erneut bestätigt, daß das Kardinalproblem hierbei nach wie vor die Konzeption der nuklearen Abschreckung ist. Ihr müssen wir uns gemeinsam entgegensetzen und die Problematik der taktischen Kernwaffen vorrangig im Auge behalten. Insbesondere können wir uns die Stimmungen in der BRD und anderen Ländern zunutze machen, wenn wir die Aufnahme von Verhandlungen über diese Waffenkategorie fordern.

Den Verlauf der Verhandlungen der 35 Staaten in Wien schätzen wir positiv ein, obwohl es auch hier unterschiedliche Ansätze gibt. Das größte Problem sehen wir darin, daß der Westen nicht über die Einbeziehung der selbständigen Aktivitäten der Militärfliegerkräfte und insbesondere der Seekriegsflotte verhandeln will.

Wir sind fest entschlossen, auch künftig die regionalen Abrüstungsvorschläge für unseren Kontinent konstruktiv auszubauen. Der Vorschlag der Regierungen der CSSR und der DDR über die Schaffung eines kernwaffenfreien Korridors in Mitteleuropa vom April 1987 erscheint jetzt, dank der qualitativ neuen Bedingungen, in neuem Licht. Er wird zum Bestandteil der zunehmenden Anstrengungen zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen in verschiedenen Teilen Europas und der ganzen Welt. Wir unterstützen sowohl die bilateralen als auch die multilateralen Formen dieser Anstrengungen.

Wir sind überzeugt, daß auch die Vorschläge der Regierungen der CSSR und der DDR aus den Jahren 1985 bis 1988 zur Schaffung einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa ihre Aktualität nicht verloren haben. Ihre Verwirklichung würde uns um wertvolle Erfahrungen reicher machen und die Vollendung eines weltweiten Abkommens über das Verbot chemischer Waffen und ihre Vernichtung fördern. Wir könnten auf regionaler Ebene vor allem eine ganze Reihe praktischer Maßnahmen zur Kontrolle und Verifikation erproben, beispielsweise die Kontrolle darüber, ob in

152

zivilen Chemiebetrieben chemische Waffen produziert werden. Jetzt bereiten wir die internationale Phase des Kontroll-experimentes vor, die wir schon während der Sommersession der Abrüstungskonferenz verwirklichen wollen. Außerdem veröffentlichen wir im Rahmen des mehrseitigen Informations-austauschs im Zusammenhang mit den zu erarbeitenden Abkommen Angaben über die tschechoslowakische Chemieindustrie.

Große Aufmerksamkeit widmen wir der Umstellung der Rüstungs-produktion auf die zivile Produktion. Die Regierung unseres Landes hat im Mai dieses Jahres einen Komplexentwurf wirtschaft-licher und sozialer Maßnahmen zur effektiven Nutzung frei-gesetzter Kapazitäten der Rüstungsindustrie bestätigt. Wir sind überzeugt, daß das Produktions- und das geistige Potential, das durch die Konversion freigesetzt wird, für die Verbesserung der Zusammenarbeit unserer Länder in verschiedenen Bereichen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Produktion eingesetzt werden kann. Vor kurzem haben wir darüber mit den Genossen Gorbatschow, Honecker und Ceausescu gesprochen. Zu den Erzeugnissen, die wir in den bislang mit Rüstungsproduktion beschäftigten Betrieben herstellen wollen, gehören Anlagen für den Umweltschutz.

Die CSSR will, um die Voraussetzungen für die schrittweise Überwindung der politischen und ökonomischen Teilung Europas zu schaffen, Intensität und Spannweite des Dialogs mit west-europäischen Einrichtungen und Organisationen aus Politik und Wirtschaft erhöhen.

Obwohl die 12-Staaten-Gruppe dem RGW gegenüber Zurückhaltung an den Tag legt und bemüht ist, die sozialistischen Länder differenziert zu behandeln, spricht sich unser Land im Rahmen der Kontakte zu den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedsländern für den Ausbau der mehrseitigen Zusammen-arbeit zwischen RGW und EWG aus und verweist auf die außer-ordentliche Bedeutung, die diese Zusammenarbeit für die Aus-weitung und Bereicherung des Ost-West-Dialoges hat.

Wie die Erfahrungen zeigen, lassen sich, wenn der gute Wille vorhanden ist, mit den Ländern Westeuropas auch höchst komplizierte und diffizile Fragen gemeinsam lösen. Als Beispiel dafür mag die gemeinsame tschechoslowakisch-britische Initiative zur Unterzeichnung eines internationalen Abkommens gegen den Mißbrauch von Plastesprengstoff für terroristische Zwecke dienen. Die Initiative kam auf der Grundlage eines tschechoslowakischen Vorschlags zustande. Sie wurde bereits in die Tagesordnung des UN-Sicherheitsrates aufgenommen und fand ein positives Echo.

Der Wettstreit der beiden unterschiedlichen Gesellschaftssysteme verlagert sich zunehmend vom militärischen in den politischen und wirtschaftlichen Bereich. Die sozialistischen Länder werden deshalb nur dann effektiv auf die weitere Entwicklung Einfluß nehmen können, wenn die sozialistische ökonomische Integration adäquat verstärkt wird.

Wir sind überzeugt, daß hierbei das Treffen der führenden Repräsentanten der RGW-Länder eine wesentliche Rolle spielen kann, das gegenwärtig vorbereitet wird und in Prag stattfinden soll. Die Einberufung dieses Treffens darf nicht zu weit hinausgeschoben werden. Die Vorbereitungsarbeiten müssen deshalb weiter intensiv betrieben werden, damit auf dem Treffen Grundsatzentscheidungen getroffen werden können.

Wir meinen, daß unsere Länder auf diesem Gebiet noch beträchtliche Möglichkeiten haben. Es kommt darauf an - und das betonen wir beharrlich bei jeder sich bietenden Gelegenheit - die gegenseitigen Beziehungen zu festigen, unsere Außenpolitik besser zu koordinieren und in erster Linie die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf neuer, effektiverer Grundlage auszubauen. Vor allem müssen wir einen wirksamen und gleichzeitig einfachen Mechanismus schaffen, der unter den heutigen, neuen Bedingungen effektiv und rationell funktioniert.

Unseres Erachtens verlangen die heutige internationale Situation, das erreichte Niveau der Beziehungen zwischen den verbündeten Ländern und die Kriterien des neuen politischen Denkens von uns, neue Formen und Methoden der Zusammenarbeit zu finden. Wir begrüßen deshalb die Vorschläge zur Vervollkommnung des Mechanismus unseres Bündnisses, die die Effektivität des Warschauer Vertrages erhöhen sollen. Wir sind der Meinung, daß der Wortlaut des am 14. Mai 1955 in Warschau unterzeichneten und vor vier Jahren verlängerten Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand nicht verändert werden sollte.

Zur Erreichung der Ziele, die wir uns stellen, würde unserer Ansicht nach insbesondere die Verbesserung der Arbeit des Politischen Beratenden Ausschusses beitragen. Wir denken dabei an die weitere Ausdehnung des dort zu behandelnden Themenkreises, in den unter anderem der Erfahrungsaustausch über den Aufbau des Sozialismus und Fragen der Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit aufgenommen werden sollten. Wir meinen, daß es an der Zeit ist, Stil und Methoden der Arbeit dieses höchsten Organs des Bündnismechanismus zu verändern. Wir sind dafür, daß an den Tagungen des Ausschusses auch künftig die Mitglieder des Komitees der Verteidigungsminister der Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages teilnehmen.

Es entspräche Geist und Forderungen der Zeit, ein ständiges politisches Arbeitsorgan des Warschauer Vertrages zu schaffen, das wäre ein qualitativ weiterführender Schritt. Ein solches Organ könnte auf demokratischer und gleichberechtigter Grundlage insbesondere die gesamte Palette außenpolitischer, wirtschaftlicher und sozialer Fragen erörtern und Empfehlungen und Vorschläge erarbeiten.

Eine Erweiterung der Befugnisse des Generalsekretärs des Politischen Beratenden Ausschusses würde in erheblichem Maße die Aktivierung unserer internationalen Einflußnahme und ein rationelleres Zusammenwirken im Rahmen des Warschauer Vertrages fördern.

Nach wie vor setzen wir uns für die gleichzeitige Auflösung der beiden militärisch-politischen Gebilde - des Warschauer Vertrages und der NATO -, in erster Linie ihrer militärischen Organisationen, ein. Wenn das gesehehen ist, wäre es angezeigt, über die Bildung eines rein politischen Organs der sozialistischen Staaten Europas zu diskutieren.

Was die Fragen der Verbesserung des Mechanismus der politischen und militärischen Zusammenarbeit betrifft, so muß ihnen unablässige Aufmerksamkeit gelten. Auch künftig muß sich damit die entsprechende Experten-Arbeitsgruppe befassen.

Lassen Sie mich zum Abschluß die Zustimmung der tschechoslowakischen Delegation zu den unserer Beratung zur Bestätigung unterbreiteten Dokumenten erklären und unseren rumänischen Gastgebern für die sehr guten Arbeitsbedingungen und die traditionelle Gastfreundschaft danken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.